

Presseinformation vom 19. September 2025

Bund streicht A20 – Erfolg für Klima, Natur und Bürgerengagement Kein Geld für Neubau von Autobahnen

Die Bundesregierung hat die geplante Autobahn A20 in die "Streichliste" derzeit nicht mehr weiterzuverfolgender Infrastrukturprojekte aufgenommen, für die "auf Basis der aktuellen Finanzplanung keine Baufreigaben erteilt werden" kann. Die A 20-Gegner begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich und sehen darin einen Erfolg für den Umwelt- und Klimaschutz sowie ein klares Signal für eine nachhaltigere Verkehrspolitik.

Uwe Schmidt, Sprecher der Initiativen gegen die A 20, dazu: "Endlich hat die Vernunft gesiegt – die A20 war ein fossiles Dinosaurierprojekt – teuer, klimaschädlich und völlig aus der Zeit gefallen." Die A 20-Gegner begrüßen die Fokussierung der Mittel auf den Erhalt der in Teilen maroden Infrastruktur und die Sanierung der Bahn.

Die Argumente gegen den Bau der A20 liegen seit Jahren auf dem Tisch:

- Kostenexplosion: Die zuletzt geschätzten Kosten liegen bei über 7 Milliarden Euro ohne realistische Nutzenprognose.
- **Umweltschäden**: Die Trasse würde durch wertvolle Moore, Natura-2000-Gebiete und Wasserlandschaften führen mit massiven Eingriffen in geschützte Lebensräume.
- Klimabilanz: Allein durch die Zerstörung von Mooren würden über 4 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt worden.
- Verkehrspolitischer Irrweg: Der tatsächliche verkehrliche Nutzen ist gering, der Bedarf kaum nachweisbar. Der Nutzen-Kosten-Faktor lag zuletzt realistisch berechnet unter 1.

"Jetzt müssen die zur Verfügung stehenden Mittel umgeschichtet werden – für eine echte Verkehrswende", fordert Schmidt. Es müsse konsequent in eine zukunftsfähige Mobilität investiert werden, wie Ausbau des Bahnverkehrs – auch im ländlichen Raum, Sanierung bestehender Straßen und Brücken und Stärkung des ÖPNV und klimafreundlicher Alternativen. Dadurch wird die weitere Naturzerstörung durch Neubauprojekte vermieden.

Die Streichung der A20 ist ein Weckruf an die gesamte Infrastrukturplanung in Deutschland. "Klimapolitik, Haushaltsrealität und Biodiversität müssen endlich den Vorrang bekommen – vor Beton und Symbolpolitik", so der Appell der A 20-Gegner.